



## ZITATE

**EWALD LIENEN** (ehem. Bundesliga-Profi und Fußballtrainer), Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:⌘

"Die Friedensfrage ist die Schlüsselfrage, danach kommen Umwelt und Arbeitslosigkeit." - 1985

**STEFAN LIEBICH** (Mitglied des Bundestags, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses), Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:⌘

"Die Nato ist nicht die Institution, die sich im Moment um die Konfliktlösung zu kümmern hat. Ich finde, die OSZE ist die Organisation, in der alle betroffenen Staaten gleichberechtigte Mitglieder sind. Das ist die Organisation, auf die wir setzen müssen. Und ich glaube, dass alle ein Interesse daran haben müssen, die OSZE vielmehr zu stärken, als sie dies in der Vergangenheit getan haben. Gerade in diesen Tagen sieht man wie wichtig die Organisation ist." - 06. Mai 2014

**ANDREAS ZUMACH** (Journalist und Publizist, Träger des Göttinger Friedenspreises), Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:⌘

"Ängste vor Moskau – ob berechtigt oder nicht – waren der Grund, warum Polen, Ungarn, die baltischen Staaten sowie die einflussreichen Exillobbys dieser Länder in den USA nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 in die Nato drängten. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten folgten diesem Ansinnen. Damit wurde die noch im November 1990 auf dem Pariser Gipfel der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE) von 54 Staats- und Regierungschef feierlich bekundete Absicht, diese gesamteuropäische Institution zum „Herzstück der europäischen Architektur“ (Bundeskanzler Helmut Kohl) auszubauen, Makulatur.

Statt des auch vom letzten sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow gewollten „Gemeinsamen Hauses Europa“ mit Russland als Mitglied folgte auf das Ende des Kalten Krieges die Ausdehnung der Nato nach Osten." - 10. März 2014

**LUDGER VOLMER** (ehem. Staatsminister im Auswärtigen Amt), Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:⌘

"Der Westen, der misst mit zweierlei Maß. Man muss überhaupt kein Freund Putins sein, aber nicht alles, was Putin sagt, ist falsch. Man sollte auch nicht alles psychologisieren. Putin und Russland macht Einflusszonen-Politik, völlig eindeutig, aber das macht der Westen auch. Der Westen ist nach der deutschen Einheit militärisch Stück für Stück an Russland ran gerückt und nachdem nun die pro-russische Regierung in der Ukraine gestürzt worden war und eine Regierung an die Macht gekommen ist, die zwar zum großen Teil aus westlich orientierten Modernisierern

besteht, auf der anderen Seite aber auch einige Faschisten beinhaltet, darf man sich nicht wundern, dass irgendwann aus Moskauer Sicht das Fass zum Überlaufen gekommen ist und man sich gegen diese expansive Politik des Westens aus der Moskauer Sicht aus guten Gründen zur Wehr setzt. Es gibt also eine Einflusszonen-Politik, aber da ist nicht nur Putin der Schurke." - 19. März 2014

**HANNES WADER** (*Liedermacher*), *Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:*

„TRAUM VOM FRIEDEN

Ich sah heut Nacht im Traum vor mir Ein endlos weites Feld  
Millionen Menschen sah ich dort Aus allen Ländern der Welt

Ich sah im Traum die ganze Menschheit Einig und befreit  
Von Folter, Hass und Völkermord Für jetzt und alle Zeit

Ich sah im Traum dies' Menschenheer Bewaffnet wie zur Schlacht  
In dichten Reihen aufgestellt Um einen tiefen Schacht

Und auf ein Zeichen warfen sie  
All' ihre Waffen ab Granaten, Bomben stürzten tausend Meter tief hinab

Bald war der Schacht gefüllt mit Kriegs- Maschinen bis zum Rand  
Und Menschen aller Rassen standen Lachend Hand in Hand

Wohl jeder träumt den Traum vom Frieden Und es kommt die Zeit  
Dann wird wie jeder Menschheitstraum Der Frieden Wirklichkeit

Wohl jeder träumt den Traum vom Frieden Und es kommt die Zeit  
Dann wird wie jeder Menschheitstraum Der Frieden Wirklichkeit“

**HANS CHRISTIAN MARKERT** (*Jurist, Mitglied des Landtags in NRW*), *Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:*ñ

"Für die Friedensordnung in Europa müssen wir immer wieder Brücken bauen. Brücken führen von beiden Seiten zum Ziel!" - 09. Mai 2014

**STEFAN REINECKE** (*Parlamentsredakteur der taz*), *Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:*ñ

"Zu Verhandlungen gehört es, die andere Seite und deren Interessen als legitim anzuerkennen. Nur dann kann das Spiel von Geben und Nehmen funktionieren." - 18. April 2014

**ANTJE VOLLMER** (*Vizepräsidentin des deutschen Bundestages a.D.*): *Erstunterzeichnerin des Aufrufs für den Frieden in Europa:*ñ

"Es gab einmal andere Politik-Methoden, in jener Zeit, als die Welt noch nahe am Abgrund eines nuklearen Weltkrieges stand und unter der Knute rassistischer Diktaturen litt. Willy Brandt und Egon Bahr entwickelten sie gegenüber der (nicht-reformierten) SU, Henry Kissinger und Richard Nixon gegenüber der (maoistischen) VR China, Nelson Mandela innerhalb des Apartheid-Regimes

Südafrika. Es war eine Politik des Dialogs ohne Vorbedingungen, die auf Entspannung, Wandel durch Annäherung, Offenheit für innere Reformen, Versöhnungsbereitschaft mit den Eliten der gegnerischen Seite und das Bewusstsein einer gemeinsamen Welt-Verantwortung setzten, nicht auf den Sieg des Stärkeren oder auf die Demütigung des Besiegten. Aus dieser Politik ist der KSZE-Prozess entstanden, eine Stärkung der UNO, eine Überwindung der Blockkonfrontation, eine Politik der vertrauensschaffenden Maßnahmen und gemeinsamer Sicherheitspartnerschaften.

Wenn alle neokonservativen Illusionen und Weltherrschaftsträume verfliegen sind, bleibt uns hoffentlich noch Zeit genug, dahin zurückzukehren." - 24. Januar 2014

**GEORG SEESSLEN** (*Autor und Filmkritiker*), *Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:*

"Eine Art von medial-fiktiver Kriegstreiberei schwappt durch die deutschen Medien, das verkauft sich so gut, dass man selbst dann nicht mehr davon lassen mag, da das Schauspiel sich schon wieder dem Ende zuneigt, das vor dem schlichten ökonomischen Interesse auf beiden Seiten aufgeführt wird: Ein Teil der Ukraine für die westlichen Märkte (das Ausplündern des Landes ist absehbar) und ein Teil für Russland (auch das wird kein großes Vergnügen). Auf eine wirkliche Selbstbestimmung hatten die Ukrainer von Anbeginn an keine Chance. Allenfalls „überleben“ kann das Land, wenn es gelingt, den ökonomischen

Konflikt zu entmilitarisieren. Denn neben dem Interesse an dem Land als ökonomische Beute lag von Anbeginn die Drohung der NATO-Erweiterung, die Militarisierung des Konflikts war keine russische Idee." - 30. April 2014

**ROBERT ZION** (*Publizist*) und **LUDGER VOLMER** (*ehem. Staatsminister im Auswärtigen Amt*), *Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:*

„Es gilt, das Auseinanderbrechen der Ukraine, einen Bürgerkrieg und die Gefährdung des Weltfriedens zu vermeiden. Deshalb sollte die EU die Initiative ergreifen, mit Kiew und Moskau im Rahmen einer Dreierkonferenz (eventuell eingebunden in die Strukturen der OSZE) Einigung darüber zu erzielen, wie die Ukraine als Brückenstaat mit Scharnierfunktion zwischen Ost und West zum Nutzen aller drei Seiten gestaltet werden kann. Freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Minderheitenrechte im Rahmen einer republikanisch-föderalen Verfassung sowie entsprechende Regelungen zur Nachbarschaftspolitik sollten Prämisse und Leitideen sein.“ - 21. März 2014

**PROF. DR. ANDREAS BURO** (*Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Aachener Friedenspreis 2008, Göttinger Friedenspreis 2013*), *Erstunterzeichner des Aufrufs für den Frieden in Europa:*

„Die für Europa und Eurasien zuständige Abteilungsleiterin des US-Außenministeriums Victoria Nuland hat am 13. Dezember 2013 in Washington vor der 'U.S.-Ukraine Foundation' berichtet, die US-Regierung habe seit 1991 mehr als fünf Milliarden US-Dollar für eine 'wohlhabende und demokratische Ukraine' investiert. Mit dieser Summe sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, die Ukraine der EU anzugliedern. Die westliche Strategie beruht in dem ausgehandelten aber vom damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch nicht unterzeichneten Partnerschaftsvertrag mit der EU auf dieser Perspektive. Der Vertrag hätte eine Westorientierung der Ukraine bewirkt. Die bisherige starke Bindung an Russland wäre deutlich verringert worden. Muss man das nicht als eine Politik des ‚regime change‘ bezeichnen? Das Vordringen des Westens in den ehemaligen Herrschafts- und nun zumindest Einflussbereich Russlands ist die dominante strategische Komponente der aktuellen Auseinandersetzung über die Krim und die Ukraine.“ - 13. März 2014

**Alle Erstunterzeichner/innen und den Aufruf unterstützen unter: [www.frieden-in-europa.eu](http://www.frieden-in-europa.eu)**